

Inhaltsübersicht

Erster Teil: Einführung	1
Zweiter Teil: Polizeirechtliche verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen	31
§ 1 Überblick	33
§ 2 Sachbereiche polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	71
§ 3 Zeitspanne polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	87
§ 4 Adressaten polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	117
§ 5 Verwendung auf polizeirechtlicher Grundlage gewonnener Erkenntnisse zu Strafverfolgungszwecken	131
Dritter Teil: Strafprozessuale verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen	155
§ 6 Überblick	157
§ 7 Sachbereiche strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	205
§ 8 Zeitspanne strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	213
§ 9 Adressaten strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	233
§ 10 Verwendung auf strafverfahrensrechtlicher Grundlage gewonnener Erkenntnisse zur Gefahrenabwehr	241
Vierter Teil: Synthese: Eine rechtsstaatlich und rechtspraktisch bedenkliche Gemengelage	253
§ 11 Überblick	255
§ 12 Die Begehung von Straftaten als polizeirechtliche Gefahr	257
§ 13 Gemengelage der Sachbereiche, Adressaten und der Zeitspanne verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	293
§ 14 Abgrenzungstheorien und deren Untauglichkeit in rechtsstaatlicher und rechtspraktischer Sicht	327

Fünfter Teil: Der rechtshilferechtliche und europäische Rahmen für verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen	363
§ 15 Überblick	365
§ 16 Völker- und europarechtliche Regelungen verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	367
§ 17 Transnationale verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen . .	385
Sechster Teil: Hin zu einem einheitlichen operativen Ermittlungsrecht?	483
§ 18 Überblick	485
§ 19 Leitfragen der Regulierung verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen im Strafverfahrens- und Polizeirecht . .	493
§ 20 Auflösung der rechtsstaatlich und rechtspraktisch bedenklichen Gemengelage	551
Siebter Teil: Schlussbetrachtung	585
Literaturverzeichnis	601
Stichwortverzeichnis	643

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil Einführung

I.	Verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen im Strafverfahrens- und Polizeirecht: Die Säulen und das Umfeld der folgenden Untersuchung	2
1.	Vorfeldermittlungen und Operationalisierung des strafverfahrensrechtlichen Ermittlungsverfahrens	3
2.	Expansion der Befugnisse zu verdeckten technischen Überwachungsmaßnahmen	4
3.	Zusammentreffen von polizeirechtlichen und strafverfahrensrechtlichen Befugnissen	6
4.	Zum weiteren Umfeld der Untersuchung	9
5.	Zum Begriffspaar Repression und Prävention	10
	a) Etymologie der Einzelbegriffe	11
	b) Polizeirechtliche Dichotomie	12
	c) Materiell-strafrechtliche Erosionen der Dichotomie . . .	14
II.	Eigener Ansatz	16
1.	Zur Wahl der verdeckten technischen Überwachungsmaßnahmen als Gegenstand der Untersuchung	17
2.	Weitere Einschränkung der Fragestellung	18
III.	Zur angewendeten Forschungsmethode der Rechtsgebietsvergleichung	19
1.	Ausgangspunkt: funktionale Rechtsvergleichung	20
	a) Funktionale Rechtsvergleichung	20
	b) Zur Kritik an der funktionalen Rechtsvergleichung . . .	22
2.	Übertragung auf einen Vergleich von Rechtsgebieten innerhalb einer Verfassungsordnung	22
	a) Funktionaler Ansatz	22
	b) Ertragskraft einer funktionalen Rechtsgebietsvergleichung	23
	c) Rechtsvergleichung innerhalb einer Verfassungsordnung	23
	d) Sprach-, terminologische und methodische Barrieren . .	24
	e) Binnen- statt Außenperspektive	25

3. Anwendung der funktionalen Rechtsgebietsvergleichung . .	26
a) Vergleichsgegenstand: Strafverfahrensrecht und Polizeigesetze des Bundes und der Länder	26
b) Mikrovergleich mit Schwerpunkt auf den Gemeinsamkeiten	27
c) Modifikation zur funktionalen Rechtsgebiets- vergleichung	28
d) Zur eingenommenen Perspektive	28
IV. Gang der Darstellung	29

Zweiter Teil

Polizeirechtliche verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen

§ 1 Überblick	33
I. Entwicklungslinien	34
1. Expansion der Eingriffsvarianten	34
a) Ausgangspunkt: Fehlendes Bewusstsein für die Notwendigkeit polizeigesetzlicher Spezialregelungen . .	34
b) Erste Regelungen polizeilicher Informationseingriffe im Kontext des Volkszählungsurteils	34
c) Ergänzung der Eingriffsbefugnisse im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik . . .	36
2. Wandel der Anknüpfungspunkte	38
a) Fokussierung auf die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	38
b) Rückbesinnung auf die Abwehr konkreter Gefahren . .	39
3. Verfassungsrechtliche Leitentscheidungen	40
a) BVerfGE 110, 33 (»Zollkriminalamt«)	41
b) BVerfGE 113, 348 (»TKÜ II«)	42
c) BVerfGE 115, 320 (»Rasterfahndung II«)	44
d) BVerfGE 120, 274 (»Online-Durchsuchung«)	44
e) BVerfGE 130, 1 (»Lebensversicherung«)	46
f) VerfGH Rheinland-Pfalz, Urt. v. 29. 1. 2007 – VGH B 1/06	47
g) Thüringer VerfGH, Urt. v. 21. 11. 2012 – 19/09	48
h) LandesVerfG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 11. 11. 2014 – 9/13	48
4. Zwischenfazit	49
II. Querschnittsfragen	50
1. Zum Akteur »Polizei«	51
a) Polizei im materiellen, formellen und institutionellen Sinne	51

b) Einordnung der Strafverfolgung in die Kategorien des Polizeibegriffs	52
c) Der Einsatz verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen in den Kategorien des Polizeibegriffs	54
2. Zielsetzungen	54
a) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	54
aa) Verhütung von Straftaten	55
bb) Vorsorge für die Verfolgung künftiger Straftaten	55
b) Abwehr konkreter Gefahren	56
3. Zur Erforderlichkeit eines verdeckten Vorgehen	57
a) Fehlende Kooperationsbereitschaft	57
b) Mutmaßliche Einwilligung	57
c) Fehlendes bzw. reduziertes Interesse	58
aa) ... der Zielperson	58
bb) ... der anonym und spurlos ausgeschiedenen, zunächst miterfassten Personen	59
4. Grundrechtsrelevanz	59
a) ... bei Eingriffen in die Schutzbereiche der Art. 10, 13 GG	59
b) ... bei Eingriffen in das allgemeine Persönlichkeitsrecht und seine Sonderformen, Art. 2 Abs. 1 GG	
i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	61
aa) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	62
bb) (Grund-)Recht auf informationelle Selbstbestimmung	62
cc) Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	63
c) Zwischenfazit	64
5. Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitserfordernisse	64
6. Kernbereichsschutz	65
7. Besonderer Schutz von Berufsgeheimnisträgern	66
8. Anordnungszuständigkeit	66
9. Benachrichtigungspflichten und nachträglicher Rechtsschutz	68
10. Datenschutzregelungen	70
§ 2 Sachbereiche polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	71
I. Regelungsmodelle im Überblick	71
II. Sogenannte besondere Mittel der Datenerhebung	72
1. Kombinationsmodell	73
2. Anknüpfung allein an drohende Straftatbegehung	75
3. Anknüpfung allein an drohende Gefahren	75

III. Eingriffe in den Telekommunikationsbereich	76
1. Telekommunikationsüberwachung im engeren Sinne	76
a) Kombinationsmodell	76
b) Anknüpfung allein an drohende Gefahren	77
2. Quellen-Telekommunikationsüberwachung	78
3. Standortermittlung bzw. -überwachung	78
4. Verbindungsdatenauskunft	79
5. Bestandsdatenauskunft	80
IV. Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	81
V. Wohnraumüberwachung	81
VI. Anknüpfungsstraftaten	83
1. Bundespolizeien	83
2. Landespolizeien	84
VII. Zwischenfazit	85
§ 3 Zeitspanne polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	87
I. Anknüpfung an eine drohende Gefahr	88
1. »Gefahr« als konkrete Gefahr im polizeirechtlichen Sinne	88
2. Die konkrete Gefahr im polizeirechtlichen Sinn	89
a) Subjektiver Gefahrenbegriff, Gefahrenverdacht und Anscheinsverdacht	90
b) Zur zeitlichen Nähe des Schadenseintritts	92
c) Zur Schadenseintrittswahrscheinlichkeit	93
d) Gefahr und Risiko	95
e) Zwischenfazit	95
3. »Im einzelnen Falle bestehende« Gefahr	96
4. »Dringende« Gefahr	96
5. »Gegenwärtige« sowie »unmittelbar bevorstehende« Gefahr	98
6. Ende einer Gefahr	100
7. Zwischenfazit	101
II. Anknüpfung an die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	102
1. Tatsachen und tatsächliche Anhaltspunkte	102
2. Annahme, dass eine Straftat begangen werden soll	104
3. Annahme, dass eine Straftat vorbereitet wird	105
III. Begrenzung durch eine Pflicht zum polizeilichen Einschreiten	107
1. Polizeirechtliche Handlungspflichten	107
a) Reduktion des Entschließungsermessens auf Null	108
aa) ... bei konkreter Gefahr für den Einzelnen?	108
bb) Abwägung mit Strafverfolgungsinteressen	109
b) Zum Auswahlmessen bei strafverfolgungsrelevanten Maßnahmen	110

2. Strafrechtliche Handlungspflichten	111
a) Strafverfolgungspflichten	111
aa) Strafprozessuales Legalitätsprinzip	111
bb) Strafbewehrte Strafverfolgungspflicht, §§ 258, 258a, 13 StGB	113
b) Garanten- bzw. Schutzpflichten der Polizei	113
3. Benachrichtigungspflichten	115
IV. Zwischenfazit	115
§ 4 Adressaten polizeirechtlicher verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	117
I. Störer	120
1. Verhaltensstörer	120
a) ... und Aufsichtspflichtige	121
b) ... und juristische Personen	122
c) ... und Anscheins- und Verdachtsstörer sowie Zweckveranlasser	123
2. Zustandsstörer	123
II. Personen, die Straftaten begehen werden bzw. diese vorbereiten	125
1. Vorsatz, Rechtswidrigkeit und Schuld	125
2. Täterschaft oder auch Teilnahme	126
III. Kontakt- und Begleitpersonen sowie Nachrichtenmittler	127
IV. Anschlussinhaber, Wohnungsinhaber und dergleichen	128
V. Gefährdete	129
VI. Notstandspflichtige und sonstige Dritte	129
VII. Zwischenfazit	130
§ 5 Verwendung auf polizeirechtlicher Grundlage gewonnener Erkenntnisse zu Strafverfolgungszwecken	131
I. Verfassungsrechtliche Maßstäbe	132
1. Grundrechtsrelevanz	132
2. Zweckbindung und Zweckänderung	133
a) Maßstäbe für die Rechtfertigung einer Zweckänderung	133
b) Zweckänderung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung?	134
3. Doppeltürmodell	137
II. Verwendung rechtmäßig erhobener Erkenntnisse	137
1. Polizeirechtliche Vorschriften als »erste Tür«	138
a) Allgemeine Regelungen	138
b) Besondere Regelungen betreffend verdeckte technische Ermittlungsmaßnahmen	139
c) Zwischenfazit	140

2. Strafprozessrechtliche Vorschriften als »zweite Tür«	140
a) Freie Beweiswürdigung sowie freie Verwertbarkeit von Beweisen im Hauptverfahren	141
b) Freie Verwendbarkeit von Erkenntnissen im Ermittlungsverfahren?	142
aa) Verfassungsrechtliche Vorfragen	142
bb) Strafprozessuale Ausgangslage	143
cc) Nutzungsarten	145
(1) Begründung eines Anfangsverdachts	145
(2) Begründung des hinreichenden oder eines dringenden Tatverdachts	145
(3) Begründung von weiteren Ermittlungsmaß- nahmen	145
(4) Verwendung als Vorhalt	146
c) Einschränkung der freien Verfügbarkeit und Verwertbarkeit durch das Erfordernis eines hypothetischen Ersatzeingriffs	147
aa) Verfassungsrechtliche Ausgangslage	147
bb) Zur Regelung in § 161 Abs. 2 S. 1 StPO	147
(1) Anwendungsbereich	147
(2) Voraussetzungen	148
(a) Keine Einwilligung	148
(b) Zeitpunkt	148
(c) Konkrete oder abstrakte Betrachtungsweise	149
(3) Rechtsfolgen	150
(4) Zwischenfazit	150
cc) Zur Regelung in § 100d Abs. 5 Nr. 3 StPO	151
dd) Polizeirechtliche Regelungen des hypothetischen Ersatzeingriffs	151
3. Zusammenfassung	152
III. Verwendung rechtswidrig erhobener Erkenntnisse	152
IV. Zwischenfazit	154

Dritter Teil

Strafprozessuale verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen

§ 6 Überblick	157
I. Entwicklungslinien	157
1. Expansion der Eingriffsvarianten	157
a) Postbeschlagnahme als verdeckte Ermittlungsmaßnahme	157
b) Verrechtlichung der Telefon- bzw. Telekommunikationsüberwachung (1968)	158

aa)	Fehlen einer strafprozessualen Eingriffsgrundlage für die Telekommunikationsüberwachung	158
bb)	Die Überwachung der Telekommunikation durch die Alliierten	159
cc)	Notstandsverfassung 1968 und begleitendes G 10 . . .	160
c)	Liberalisierung und technische Entwicklung des Telekommunikationssektors (seit 1989)	161
aa)	Liberalisierung des Telekommunikationssektors . .	161
bb)	Telekommunikations-Überwachungsverordnung . .	162
cc)	Automatisierung der Bestandsdatenauskunft	163
d)	Einführung weiterer verdeckter technischer Ermittlungsmaßnahmen durch das OrgKG 1992	164
e)	Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung . .	165
aa)	Einführung durch das OrgKG 1998	165
bb)	Neuregelung der akustischen Wohnraumüberwachung 2005	166
f)	Erweiterung der Eingriffsmethoden (2001–2004)	167
aa)	Auskunft über Telekommunikationsverbindungsdaten (2001)	167
bb)	Einsatz eines sog. IMSI-Catchers (2002)	168
cc)	Auskunftserteilung über Zugangsdaten und Passwörter (2004)	168
g)	Die Neuregelung verdeckter technischer Ermittlungsmaßnahmen (2007)	169
h)	Verfassungswidrigkeit der Vorratsdatenspeicherung und Folgeänderungen (2010–2015)	171
i)	Zwischenfazit	173
2.	Expansion der Anknüpfungstaten	173
a)	Zur Entwicklung des Katalogs in § 100a StPO bis zur Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung (1968–1997)	173
aa)	Explizite Änderungen	174
bb)	Implizite Änderungen	174
cc)	Änderungen des materiellen Rechts	175
b)	Zur Entwicklung der Kataloge in §§ 100a, 100c StPO im Zuge der Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung (1998–2006)	176
aa)	Zum Katalog in § 100c StPO	176
bb)	Weitere Expansion der Kataloge	177
c)	Reform 2007 und weitere Expansionstendenzen	178
aa)	Neugestaltung der Deliktskataloge (2007)	178
bb)	Weitere Expansion der Kataloge	179

d) Zwischenfazit	180
3. Verfassungsrechtliche Leitentscheidungen	181
a) BVerfGE 30, 1 (»G 10«)	181
b) BVerfGE 34, 238 (»Tonband«)	182
c) BVerfGE 85, 386 (»Fangschaltung«) und BVerfGE 106, 28 (»Mithörvorrichtung«)	182
d) BVerfGE 100, 313 (»TKÜ I«)	183
e) BVerfGE 103, 21 (»Genetischer Fingerabdruck«)	183
f) BVerfGE 107, 299 (»Verbindungsdaten«)	184
g) BVerfGE 109, 279 (»großer Lauschangriff«)	184
h) BVerfGE 112, 304 (»GPS«)	186
i) BVerfGE 124, 43 (»E-Mail-Beschlagnahme«)	187
j) BVerfGE 125, 260 (»Vorratsdatenspeicherung«)	187
k) BVerfGE 129, 208 (»TKÜ III«)	189
l) BVerfGE 130, 151 (»Bestandsdatenabfrage«)	190
4. Ungelöste Herausforderungen der informations- technischen Vernetzung	191
II. Querschnittsfragen	193
1. Zielsetzungen	193
2. Grundrechtsrelevanz	194
3. Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitserfordernisse	195
4. Kernbereichsschutz	196
5. Besonderer Schutz von Berufsgeheimnisträgern	196
6. Anordnungszuständigkeit	197
7. Benachrichtigungspflichten und nachträglicher Rechtsschutz	199
8. Datenschutzregelungen	200
9. Zur Verwendbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse in Strafverfahren	201
§ 7 Sachbereiche strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	205
I. Eingriffe in den Telekommunikationsbereich	205
1. Telekommunikationsüberwachung im engeren Sinne (§§ 100a, 100b StPO)	205
2. Quellen-Telekommunikationsüberwachung	205
3. Standortermittlung bzw. -überwachung sowie Einsatz eines IMSI-Catcher (§ 100i StPO)	206
4. Verbindungsdatenauskunft (§ 100g StPO)	209
5. Bestandsdaten- und Zugangsdatenauskunft (§ 100j StPO)	209
II. Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	210
III. Wohnraumüberwachung (§§ 100c bis 100e StPO)	210
IV. Einsatz sonstiger technischer Mittel	211

1. Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen (§ 100f StPO)	211
2. Bildaufnahmen und Observationsmittel (§ 100h StPO)	211
V. Zwischenfazit	211
§ 8 Zeitspanne strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	213
I. Normative Ausgangslage	214
1. Ermittlungsverfahren und Anfangsverdacht	214
2. Spezifische Anforderungen bei verdeckten technischen Überwachungsmaßnahmen	215
II. Zeitphasen eines einmaligen, in sich abgeschlossenen Tatgeschehens	217
1. Vorbereitung der (Katalog-)Tat bis zum Versuchsbeginn	218
2. Versuchsbeginn bis Vollendung der (Katalog-)Tat	218
3. Vollendung bis Beendigung der (Katalog-)Tat	219
4. Nach der Beendigung der (Katalog-)Tat	220
III. Erweiterungen und Modifikationen	220
1. (Katalog-)Tat bleibt unvollendet	221
2. Vorfelddelikte und strafbare Vorbereitung einer (Katalog-)Tat	221
a) Vorfelddelikt als Katalogtat	221
b) Vorfelddelikte als Anlasstat	222
c) Strafbare Vorbereitung einer Katalog- bzw. Anlasstat	223
3. Mehrere Beschuldigte und/oder Straftaten	224
a) Ermittlungsverfahren gegen mehrere Beschuldigte	224
b) Wiederholte Straftatbegehung, insbesondere im Bandenkontext	225
c) Kriminelle oder terroristische Vereinigungen	226
d) Der Multiplikationsfaktor des bloßen Verdachts der Beteiligung oder der Täterschaft	227
IV. Begrenzung durch eine Pflicht zum Einschreiten oder zur Offenlegung der Ermittlungen	228
1. Polizei- und strafrechtliche Handlungspflichten	228
2. Strafverfahrensrechtliche Offenlegungspflichten	228
3. Gestaltungsmöglichkeiten und Operationalisierung des Ermittlungsverfahrens	229
V. Zwischenfazit	231
§ 9 Adressaten strafprozessualer verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	233
I. Beschuldigte	233

1. Tatverdacht hinsichtlich der rechtswidrigen Begehung einer Straftat	234
2. Tatverdacht hinsichtlich der schuldhaften Begehung einer Straftat	234
3. Tatverdacht hinsichtlich sonstiger Aspekte	236
II. Kontakt- und Begleitpersonen sowie Nachrichtenmittler	236
III. Anschlussinhaber, Wohnungsinhaber und dergleichen	237
IV. Gefährdete und geschädigte Personen	237
V. Sonstige unbeteiligte bzw. unverdächtige Dritte	239
VI. Zwischenfazit	239
§ 10 Verwendung auf strafverfahrensrechtlicher Grundlage gewonnener Erkenntnisse zur Gefahrenabwehr	241
I. Organisatorisch angelegte Synthese	241
II. Verwendung rechtmäßig erhobener Erkenntnisse	242
1. Strafprozessrechtliche Vorschriften als »erste Tür«	242
a) Ausgangslage: freie Verwendbarkeit für polizeirechtlich legitimierte Zwecke	242
b) Einschränkungen betreffend verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen im Allgemeinen	244
c) Sonderregelung betreffend Erkenntnisse aus akustischer Wohnraumüberwachung	245
2. Polizeirechtliche Vorschriften als »zweite Tür«	246
a) Polizeirechtliche Erhebungs- und Verwendungsregelungen	246
b) Einschränkung durch ein allgemeines Erfordernis eines hypothetischen Ersatzeingriffs?	247
c) Einschränkung infolge eines nicht beachteten Zitiergebots?	249
III. Verwendung rechtswidrig erhobener Erkenntnisse	249
IV. Zwischenfazit	251

Vierter Teil

Synthese: Eine rechtsstaatlich und rechtspraktisch bedenkliche Gemengelage

§ 11 Überblick	255
§ 12 Die Begehung von Straftaten als polizeirechtliche Gefahr	257
I. Straftatbegehung und die Gefährdung polizeirechtlich geschützter Rechtsgüter	258
1. Materielles Strafrecht als polizeirechtlich zu schützende objektive Rechtsordnung	258

a)	Polizeirechtliche Ausgangslage	258
b)	Anwendung auf das materielle Strafrecht im Allgemeinen	258
c)	Konkrete Ungefährlichkeit	259
aa)	... bei abstrakten Gefährungsdelikten	260
bb)	... bei untauglichem Versuch	261
d)	Zwischenfazit	263
2.	Straftatbegehung und der Schutz der Rechtsgüter des Einzelnen	263
a)	Polizeirechtliche Ausgangslage	264
b)	Anwendung auf das materielle Strafrecht im Allgemeinen	266
aa)	Bloße Indizwirkung und keine Exklusivität des strafrechtlichen Rechtsguts und der Deliktsnatur	267
bb)	Schädigung von Rechtsgütern des Einzelnen <i>durch</i> die Straftatbegehung	268
cc)	Schädigung von Rechtsgütern des Einzelnen <i>infolge</i> der Straftatbegehung	269
dd)	Einwilligung	270
ee)	Konkreter Schutz von Hoheitsträgern	270
ff)	Fahrlässigkeitsdelikte	271
gg)	Konkrete Ungefährlichkeit	272
c)	Zwischenfazit	272
3.	Straftatbegehung und Schutz der Träger der Hoheitsgewalt	273
a)	Polizeirechtliche Ausgangslage	273
b)	Anwendung auf das materielle Strafrecht im Allgemeinen	274
aa)	... bei Anerkennung von Kollektivrechtsgütern	274
bb)	... bei Nichtanerkennung von Kollektivrechts- gütern	275
cc)	Gemeinsame Einschränkungen	275
dd)	Konkreter Schutz von Hoheitsträgern	275
4.	Zwischenfazit	275
II.	Die Katalogtaten der §§ 100a Abs. 2, 100c Abs. 2 StPO im Lichte spezifischer polizeirechtlicher Gefahren	276
1.	Spezifische Gefahren für Rechtsgüter des Einzelnen und für Träger der Hoheitsgewalt	276
a)	Gefahr für das Leben	277
b)	Gefahr für die Gesundheit	277
c)	Gefahr für die Freiheit einer Person	279
d)	Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes bzw. eines Landes	279

2. Anwendung auf die Katalogtaten der §§ 100a Abs. 2, 100c Abs. 2 StPO	280
3. Zwischenfazit	290
§ 13 Gemengelage der Sachbereiche, Adressaten und der Zeitspanne verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	293
I. Gemengelage der Sachbereiche	293
1. Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen und außerhalb des Telekommunikationsbereichs	293
a) Bundespolizeien	294
aa) Bundespolizei	294
bb) Zollfahndung	295
cc) Bundeskriminalamt	295
dd) Zwischenfazit	296
b) Landespolizeien	296
aa) Anknüpfung an die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	296
(1) Verbrechenstatbestände als Katalogtaten des § 100a Abs. 2 StPO	297
(2) Gewerbs- oder bandenmäßige oder sonst organisierte Begehung bei Katalogtaten des § 100a Abs. 2 StPO	298
(3) Synthese	300
bb) Anknüpfung an drohende Gefahren	303
c) Zwischenfazit	303
2. Eingriffe in den Telekommunikationsbereich	304
a) Telekommunikationsüberwachung im engeren Sinne	304
aa) Bundespolizeien	304
(1) Bundeskriminalamt	304
(2) Zollfahndung	305
(3) Zusammenfassung	305
bb) Landespolizeien	306
(1) Anknüpfung an eine Gefahr	306
(2) Kombinationsmodell	306
cc) Zwischenfazit	307
b) Quellen-Telekommunikationsüberwachung	307
c) Standortüberwachung	308
3. Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	309
4. Wohnraumüberwachung	309
a) Bundeskriminalamt	310
b) Landespolizeien	310
5. Zur Tatsachengrundlage für verdeckte technische Über- wachungsmaßnahmen	311

6. Zwischenfazit	312
II. Gemengelage der Adressaten	312
1. Beschuldigte, Störer und die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	312
2. Kontakt- und Begleitpersonen sowie Nachrichtenmittler	313
3. Anschlussinhaber, Wohnungsinhaber und dergleichen	314
4. Gefährdete bzw. Verletzte	314
5. Sonstige unbeteiligte bzw. unverdächtige Dritte	315
6. Zwischenfazit	315
III. Gemengelage des zeitlichen Anwendungsbereichs	315
1. Überschneidungen bei einem einmaligen, in sich abgeschlossenen Tatgeschehen	316
a) Versuchsbeginn bis Vollendung der (Katalog-)Tat	316
aa) Versuchsbeginn als spätestmöglicher Beginn für eine polizeirechtliche konkrete Gefahr	316
bb) Vergleich der einzunehmenden Perspektiven	316
cc) Versuchsbeginn und gegenwärtige sowie dringende Gefahren	318
dd) Letztmöglicher Zeitpunkt für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	319
b) Vollendung bis Beendigung der (Katalog-)Tat	320
c) Nach Beendigung der (Katalog-)Tat	320
d) Vorbereitung der (Katalog-)Tat bis zum Versuchsbeginn	321
2. Modifikationen	322
a) (Katalog-)Tat bleibt unvollendet	322
b) Vorfelddelikte und die strafbare Vorbereitung einer (Katalog-)Tat	322
c) Mehrere Beteiligte und/oder Straftaten und Operationalisierung des Ermittlungsverfahrens	323
d) Begrenzungen durch eine Pflicht zum Einschreiten oder zur Offenlegung der Überwachung	324
3. Zwischenfazit	324
IV. Zwischenfazit	325
§ 14 Abgrenzungstheorien und deren Untauglichkeit in rechtsstaatlicher und rechtspraktischer Sicht	327
I. Doppelfunktionale Maßnahmen und der Versuch deren Auflösung in repressive und präventive Maßnahmen	327
1. Zum Begriff »doppelfunktionaler Maßnahmen«	327
2. Zur Notwendigkeit einer Abgrenzung	329
a) Rechtsschutz und Rechtswegeröffnung	329
aa) Unterschiedliche Rechtswege?	329
(1) Rechtswegbestimmungen im Strafprozessrecht	330

	(2) Rechtswegbestimmung im Polizeirecht	331
	(3) Folgerungen	332
	bb) Eingeschränkter Rechtsschutz gegen strafprozes-	
	suale Maßnahmen?	333
	cc) Korrektiv: Umfassende Entscheidungszuständig-	
	keit des Gerichts (§ 17 Abs. 2 GVG)?	333
	(1) Gefahr widerstreitender Entscheidungen?	334
	(2) Die umfassende Entscheidungsbefugnis des	
	Gerichts nach § 17 Abs. 2 S. 1 GVG	335
	(3) Anwendbarkeit des § 17 Abs. 2 GVG auf	
	Entscheidungen über doppelfunktionale	
	Maßnahmen	335
	(a) ... im Falle von Richtervorbehalten	336
	(b) ... im Verfahren nachträglichen	
	Rechtsschutzes	336
	b) Verdrängung eines Regelungsbereichs	337
	c) Entscheidungsbefugnisse und Kostenerstattung	338
	d) Zwischenfazit	338
3.	Abgrenzungstheorien	338
	a) Schwerpunkt oder Zwecksetzung der Maßnahme	339
	b) Primat des Strafverfahrensrechts	340
	c) Primat des Gefahrenabwehrrechts	341
	d) Kumulation der Anordnungsvoraussetzungen	341
	e) Auswahl- und Entscheidungsmodelle	342
	f) Parallele Anwendbarkeit der Rechtsgrundlagen	342
	g) Zwischenfazit zu den Abgrenzungstheorien	343
4.	Zwischenfazit zu doppelfunktionalen Maßnahmen	344
II.	Übertragung auf verdeckte technische	
	Überwachungsmaßnahmen	344
	1. Vergleichbarkeit der Ausgangslage	344
	2. Unvergleichbarkeit und Untauglichkeit der meisten	
	Lösungsansätze	345
	a) ... hinsichtlich der Rechtsgrundlage, der Anordnung	
	und Durchführung	345
	aa) Faktische Irrelevanz	345
	bb) Kein faktischer Konflikt	347
	cc) Allgemeine Kritik an der Schwerpunkttheorie,	
	insbesondere betreffend die Einengung der	
	legislativen Handlungsspielräume	347
	dd) Dauermaßnahmen und Verlagerungen des	
	Schwerpunkts	348
	ee) Unvereinbarkeit mit § 100a Abs. 1 Nr. 1 Alt. 3 StPO	349

ff) Keine Notwendigkeit zur Sicherung einer Zweckbindung	349
b) ... hinsichtlich des nachträglichen Rechtsschutzes	349
c) Folgerung	351
III. Rechtsstaatliche und rechtspraktische Gefahrenlagen	352
1. Rechtsstaatliche Gefahrenlagen	352
a) Fragmentierung des Rechts	352
b) Additionseffekte	354
c) Forum- bzw. Befugnis»shopping«	355
d) Unterminierung der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis	356
e) Unzureichende rechtliche Abbildung der Gesamtabwägungsproblematik	356
f) Zu den Verwendungsregelungen	357
2. Rechtspraktische Gefahrenlagen	357
a) Fragmentierung des Rechts	357
b) Koordinierungsbedarf	358
3. Korrektur der Entscheidung gegen die Schwerpunkttheorie? .	359
IV. Zwischenfazit	360

Fünfter Teil

Der rechtshilferechtliche und europäische Rahmen für verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen

§ 15 Überblick	365
§ 16 Völker- und europarechtliche Regelungen verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	367
I. Harmonisierung von Ermittlungsmaßnahmen	367
1. Völkervertragsrecht	367
a) Regelungen in VN-Übereinkommen	367
b) Regelungen in Übereinkommen des Europarates, insbesondere im Übereinkommen über Computerkriminalität	368
2. Trias der Harmonisierungsschwerpunkte des Europäischen Strafrechts	370
3. Vorratsdatenspeicherung als Beispiel für eine Harmonisierung verdeckter technischer Ermittlungen?	371
a) Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten	371
b) Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdatensätzen	373
4. Konvergenz von Ermittlungsmaßnahmen	373

II.	Folgerungen aus dem Rechtshilferecht	375
1.	Übereinkommen über Computerkriminalität	375
2.	EU-Rechtshilfeübereinkommen 2000	376
3.	Europäische Ermittlungsanordnung	377
III.	Ermittlungen durch europäische Institutionen	378
1.	Europol	378
2.	Eurojust	379
3.	OLAF	380
4.	Europäische Staatsanwaltschaft (<i>de lege ferenda</i>)	381
5.	Zusammenfassung	382
IV.	Zwischenfazit	382
§ 17	Transnationale verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen	385
I.	Zur Abgrenzung von strafrechtlicher Rechtshilfe und Zusammenarbeit auf polizeirechtlicher Grundlage	386
1.	Strafverfahrensrechtliche und polizeirechtliche Perspektive	386
2.	Priorität zwischen oder Parallelität von strafrechtlicher Rechtshilfe und Zusammenarbeit auf polizeirechtlicher Grundlage	388
II.	Transnationale verdeckte technische Überwachungs- maßnahmen im vertragslosen Rechtshilfeverkehr und in vertragsloser polizeilicher Zusammenarbeit	389
1.	Ausgehende Ersuchen	389
a)	... nach Rechtshilfe- bzw. Strafprozessrecht	389
aa)	Erfüllung inländischer Eingriffsvoraussetzungen	389
bb)	Verwendbarkeit der übermittelten Erkenntnisse	391
(1)	Ausländische Bedingungen, insbesondere Spezialität	392
(2)	Zweckänderungen	392
(3)	Rechtmäßigkeit des ausländischen Verfahrens; <i>ordre public</i> -Vorbehalt	393
cc)	Benachrichtigungspflichten	394
b)	... nach Polizeirecht	395
c)	Annex: Eingehende Spontanauskünfte	397
2.	Eingehende Ersuchen	397
a)	... nach Rechtshilfe- bzw. Strafprozessrecht	397
aa)	Prinzip der beiderseitigen prozessualen Legalität	398
bb)	Sinngemäße Umstellung des Sachverhalts	400
cc)	Prüfung des Tatverdachts, einer besonderen Schwere der Tat und der Verhältnismäßigkeit	401
dd)	Kernbereichsschutz; Benachrichtigungspflichten; Rechtsschutz	402
ee)	Annex: Ausgehende Spontanauskünfte	403

b) ... nach Polizeirecht	404
aa) Bundesrechtliche Regelungen	405
bb) Landesrechtliche Regelungen	406
c) Zuordnung eingehender Ersuchen	407
3. Zwischenfazit	408
III. Transnationale verdeckte technische Überwachungs-	
maßnahmen im vertraglichen Rechtshilfeverkehr und in der	
vertraglichen polizeilichen Zusammenarbeit	409
1. Grundlagen	409
2. Multilaterale Instrumente	410
a) Europäisches Rechtshilfeübereinkommen	410
b) Übereinkommen über Computerkriminalität	411
c) Ergänzungen des Europäischen Rechtshilfe-	
übereinkommens, auch innerhalb der EU	412
aa) Bilaterale Bestimmungen über Telekommunikati-	
onsüberwachungen	413
bb) EU-Rechtshilfeübereinkommen 2000	413
(1) Vorfrage: strafrechtliche Ermittlung	414
(2) Telekommunikationsüberwachung im fremden	
Hoheitsgebiet durch den ersuchten Staat	415
cc) Weiterentwicklung des Rechts des	
Informationsaustauschs	416
(1) Zur holistischen Sichtweise des Schengen-acquis	
417	
(2) Informationsübermittlung auf Ersuchen	420
(3) Spontanauskunft	421
(4) Verwendungsregelungen und Datenschutz	422
d) Vertrag von Prüm	423
3. Bilaterale Rechtshilfeverträge	425
4. Zwischenfazit	426
IV. Transnationale verdeckte technische Überwachungs-	
maßnahmen im europäischen Raum der Freiheit,	
der Sicherheit und des Rechts	427
1. Zur Differenzierung zwischen justizieller und	
polizeilicher Zusammenarbeit in Strafsachen im	
europäischen Primärrecht	427
a) Genese der Kompetenznormen	427
b) Vorüberlegungen zur Kompetenzzuordnung	431
c) Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	433
aa) Gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Urteile	
und Entscheidungen	433
bb) Angleichung von Rechtsvorschriften	437
cc) Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft	440

dd) Weitere Vorschriften	441
d) Polizeiliche Zusammenarbeit	441
e) Zwischenfazit	444
2. Transnationale Vornahme verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen nach der Europäischen Ermittlungsanordnung	445
a) Allgemeine Regelungen	446
b) Transnationale Telekommunikationsüberwachungen . .	448
c) Zur Anwendbarkeit der Europäischen Ermittlungs- anordnung bei polizeirechtlichen Ermittlungen	449
3. Europäische Verwendungs- und Verwertungsregelungen: Das Prinzip der Verfügbarkeit von Informationen	452
a) Kriminalpolitischer Hintergrund	452
b) Informationsaustausch	454
aa) Datenschutzbestimmungen	454
bb) Vernetzte oder unionisierte Datenbanken	456
cc) Informationsaustausch nach dem Rahmen- beschluss 2006/960/JI	459
(1) Europäische Vorgaben	460
(a) Anwendungsbereich	460
(b) Informationsübermittlung auf Ersuchen . .	461
(c) Spontanauskunft	462
(d) Verwendungsregelungen und Datenschutz .	462
(2) Umsetzung in Deutschland	463
(a) Informationsübermittlung auf Ersuchen . .	463
(b) Spontanauskünfte	465
(c) Verwendungsregelungen	465
(d) Bewertung	466
dd) Europol, Eurojust und das EJN als Kommunikatoren	466
c) Beweismitteltransfer, insbesondere nach der Europäischen Ermittlungsanordnung	467
4. Zwischenfazit	469
V. Transnationale verdeckte technische Überwachungs- maßnahmen ohne Mitwirkung anderer Staaten	470
1. Völker- und grundrechtliche Relevanz transnationaler Eigenermittlungen	470
a) Völkerrechtliches Verbot transnationaler Eigenermittlungen	470
b) Zum Streit über die räumliche Reichweite des Art. 10 GG	471
c) Transformation in innerstaatliches Recht	473

2. Die Auslandskopfüberwachung als transnationale Eigenermittlung?	474
3. Völker- und europarechtliche Legitimation transnationaler Eigenermittlungen	475
a) Übereinkommen über Computerkriminalität	475
aa) Regelungsinhalt	475
bb) Kodifiziertes Völkergewohnheitsrecht?	475
cc) Konsequenzen	476
b) Telekommunikationsüberwachung in fremdem Hoheitsgebiet durch den Forumstaat nach dem EU-Rechtshilfeübereinkommen 2000	477
c) Telekommunikationsüberwachung in fremdem Hoheitsgebiet durch den Forumstaat nach der Europäischen Ermittlungsanordnung	479
VI. Zwischenfazit	480

Sechster Teil

Hin zu einem einheitlichen operativen Ermittlungsrecht?

§ 18 Überblick	485
I. Die klassische Diskussion über die Verpolizeilichung des Strafverfahrens	486
II. Operationalisierung und Funktionalisierung	488
III. Folgerungen	489
§ 19 Leitfragen der Regulierung verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen im Strafverfahrens- und Polizeirecht	493
I. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Vorbehalts des Gesetzes und der Kompetenzzuweisung im föderalen Bundesstaat	493
1. Vorbehalt des Gesetzes	494
a) Einfacher und qualifizierter Gesetzesvorbehalt	494
aa) ... bei Art. 10 GG	494
bb) ... bei Art. 13 GG	494
cc) ... bei Art. 2 Abs. 1 GG i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	496
dd) Zwischenfazit	496
b) Erweiterung des Gesetzesvorbehalts zum Vorbehalt des Gesetzes	497
c) Zu den Geboten der Normenklarheit und Normenbestimmtheit	498
d) Zwischenfazit	500

2. Kompetenzverteilung hinsichtlich des Strafverfahrensrechts	501
a) Kompetenzzuweisung in Bezug auf das Strafrecht (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 GG)	501
b) Kompetenzzuweisung in Bezug auf das strafprozessuale Ermittlungsverfahren (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 4 GG)	503
aa) Ermittlungsverfahren als gerichtliches Verfahren?	503
(1) Verselbständigung des Ermittlungsverfahrens	503
(2) Organisatorische und strukturelle Divergenzen	504
(3) Divergenzen bei Eingriffs- und Verwendungs- befugnissen	505
(4) Zum Widerspruchsverfahren im Verwaltungs- prozessrecht als Parallelproblem	505
(5) Zwischenfazit	506
bb) Strafverfolgungsvorsorge als gerichtliches Verfahren?	506
(1) Anwendungsbereich	506
(2) Materiellrechtliche Qualifizierung	507
(3) Kompetenzrechtliche Bewertung	508
(4) Strafverfolgungsvorsorge als Strafrecht?	509
c) Zwischenfazit	511
3. Kompetenzverteilung hinsichtlich des Gefahrenabwehrrechts	511
a) Kompetenzzuweisung in Bezug auf das strafprozessuale Ermittlungsverfahren (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 4 GG)	512
b) Kompetenzzuweisung in Bezug auf den Grenzschutz (Art. 73 Abs. 1 Nr. 5 GG)	512
c) Kompetenzzuweisung in Bezug auf das Kriminal- wesen (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG)	513
d) Kompetenzzuweisung in Bezug auf die Abwehr des internationalen Terrorismus (Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG)	514
e) Kompetenzzuweisung kraft Sachzusammenhanges (Annexkompetenz)	515
aa) Allgemeines	515
bb) Übertragung auf die Kompetenzvorschrift für das Strafrecht (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 GG)	516
f) Trennungsgrundsatz	517
g) Zwischenfazit	517
II. Leitfragen der Regulierung verdeckter technischer Überwachungsmaßnahmen	518

1. Zum »Ob« der Maßnahme	518
2. Das »Wie« der Maßnahme – Verfahrensfragen	521
a) Überwachungsschranken, insbesondere kraft Verfassungsrecht	521
aa) Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	521
bb) Schutz der Kommunikation mit Berufsgeheimnisträgern	523
cc) Schutz weiterer Kommunikationsbeziehungen bzw. -räume	524
b) Drittbetroffene	524
c) Anordnungsverfahren, insbesondere Antrags- und Entscheidungsbefugnis und Begründungspflichten	525
d) Ausführung der Maßnahme	526
3. Materielle Anordnungsvoraussetzungen	528
a) Anknüpfung an ein (Ermittlungs-)Verfahren?	528
b) Anknüpfung an eine Sachlage	529
c) Subsidiaritätsverhältnis	530
d) Verhältnismäßigkeit und deren Typisierung	531
e) Heimlichkeit der Maßnahme?	532
4. Verwertungs- und Verwendungsregeln	533
5. Nachträglicher Rechtsschutz, weitere Kontrollmechanis- men und Verantwortlichkeit der Ermittlungspersonen	534
a) Rechtsschutzmöglichkeiten aller Betroffenen	534
aa) Vorfrage: Benachrichtigungspflichten	534
bb) Strafverfahrensrechtliche Inzidentkontrolle	536
cc) Isoliertes Verfahren nachträglichen Rechtsschutzes	539
b) Weitere Kontrollmechanismen	541
aa) Parlamentarische Kontrolle	541
bb) Verwaltungsinterne Kontrolle	541
cc) Öffentliche Kontrolle	542
c) Verantwortlichkeit rechtswidrig handelnder Akteure	542
aa) Strafrechtliche Verantwortlichkeit	543
(1) Strafvorschriften	543
(2) Rechtfertigung aus öffentlich-rechtlicher Befugnis und der sogenannte strafrechtliche Rechtmäßigkeitsbegriff	543
(3) Rechtfertigungsgrund der Entscheidung von Rechtssachen und die sogenannte Sperrwirkung der Rechtsbeugung	545
(4) Handeln auf Befehl als Rechtfertigung respektive Schuldausschluss	546

(5) Weitere Einschränkungen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit	546
(6) Zwischenfazit	546
bb) Zivil- bzw. amtschaftungsrechtliche Verantwortlichkeit	547
cc) Dienstrechtliche Verantwortlichkeit	550
§ 20 Auflösung der rechtsstaatlich und rechtspraktisch bedenklichen Gemengelage	551
I. Lösungswege im Überblick	553
1. Exklusivität des präventiv-polizeilichen oder des repressiv-strafverfolgenden Bereichs	553
2. Aufgabe der Trennung zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei	554
3. Neuordnung der Abgrenzung zwischen Strafverfahrens- und Polizeirecht	555
4. Konvergenz-, Koordinations- und Kooperationslösung	556
II. Neuordnung der Abgrenzung zwischen Strafverfahrens- und Polizeirecht	556
1. Einführung	556
2. Grundkonzeption eines einheitlichen operativen Ermittlungsrechts	557
a) Kernelemente	557
aa) Anknüpfungselemente	557
bb) Adressatenkreis	560
cc) Aufklärungsziel	561
dd) Tatsachengrundlage	562
ee) Gesamtverantwortung	562
ff) Weitere Anordnungsvoraussetzungen	563
gg) Flankierende Verfahrensregelungen	564
hh) Verwendbarkeit	564
ii) Materiell-strafrechtliche Konsequenzen	565
b) Chancen und Risiken	565
aa) Chancen im Hinblick auf die rechtsstaatliche und rechtspraktische Gefahrenlage	565
bb) Aufgabe einer »informationellen Gewaltenteilung«?	566
cc) Wegbereitung für Vorfeldstrategien?	566
dd) Verstoß gegen ein Trennungsgebot?	566
ee) Staatsanwaltschaft als Justitiar einer Polizei?	569
ff) Bruch mit dem Gesamtsystem der StPO?	570
3. Lösungswege de lege et constitutione ferenda	571
a) Verortung im Landesrecht	571
aa) Gesetzgebungskompetenz	571

bb) Verfahrens- und Zuständigkeitsvorschriften	571
cc) Regelung der Beweisverwertung durch den Bund . . .	572
dd) Fragmentierung; Reibungsverluste	572
ee) Zwischenfazit	572
b) Verortung im Bundesrecht	572
aa) Anpassung der Gesetzgebungskompetenzen	572
bb) Aushöhlung der Landessouveränität?	573
cc) Fragmentierung des Polizeirechts?	574
dd) Zwischenfazit	574
4. Fazit: Hin zu einem einheitlichen operativen Ermittlungs- recht	574
III. Konvergenz-, Koordinations- und Kooperationslösung	575
1. Herbeiführung von Konvergenzen	575
a) Kooperation der Gesetzgeber und offene Methode der Koordinierung	575
b) Mittelbare Konvergenz durch Rechtsprechung	576
c) Mittelbare Konvergenz durch Beweisverwendungs- regelungen	577
d) Mittelbare Konvergenz durch materielles Strafrecht	577
e) Zwischenfazit	578
2. Stärkung der Koordination	578
a) Benachrichtigungspflichten	578
b) Gesamtverantwortung der Staatsanwaltschaften	579
c) Einheitlichkeit des präventiven Rechtsschutzes	580
d) Einheitlichkeit des nachträglichen Rechtsschutzes	580
e) Zwischenfazit	581
3. Stärkung der Kooperation	582
4. Zwischenfazit	582
IV. Zwischenfazit	582

Siebter Teil

Schlussbetrachtung

Literaturverzeichnis	601
Stichwortverzeichnis	643